

Auch wenn sie selbst krank sind, ziehen weibliche Streunerkatzen pro Jahr bis zu drei Würfe groß. Die Jungtiere werden oft schon krank geboren.



Herausforderung für den Tierschutz – Pflicht für die Kommunen

Katzenelend in Deutschland

Urlauber bringen aus dem Süden gerettete Straßenkatzen mit nach Hause, Tierfreunde unterstützen die Bemühungen des Tierschutzes in Süd- und Osteuropa, das Katzenelend dort einzudämmen. Doch seit Jahren nimmt das Katzenleid auch in Deutschland zu. Die Tierschutzvereine führen einen verzweifelten Kampf gegen die weitere Massenvermehrung der Straßenkatzen, die meisten Städte und Gemeinden unterstützen sie kaum.

Die unerwünschten Katzenbabys, die Jahr für Jahr in den Tierheimen abgegeben werden, sind noch am besten dran. Sie werden geimpft und medizinisch versorgt, aufgepäppelt und an verantwortungsvolle Besitzer vermittelt. Viel mehr Sorgen machen sich die Tierschützer um die vielen tausend Katzenkinder, die auf Höfen, in Scheunen, Lagerhallen auf Firmengeländen oder buchstäblich auf der Straße geboren werden. Die Mutter kann sich kaum ausreichend ernähren – die Jungkatzen leiden bald unter Mangelerscheinungen. Krank, ausgemergelt und extrem scheu, führen sie ein leidvolles Dasein. Oft ist so ein Katzenleben nur kurz, die Tiere werden Opfer eines Verkehrsunfalls, vom Jäger erschossen, von grausamen Menschen ertränkt oder erschlagen. Doch auch bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von knapp zwei Jahren haben sie für

Nachwuchs gesorgt, für noch mehr Katzen, die herren- und heimatlos tagtäglich ums Überleben kämpfen.

Trauriges Dasein auf der Straße

Der Alltag deutscher Straßenkatzen ist alles andere als ein Leben in idyllischer Freiheit. Er ist geprägt von Hunger, Erfrierungen, chronischem Siechtum und ständiger Fluchtbereitschaft. Diese Katzen, die keine oder nur schlechte Erfahrungen mit Menschen gemacht haben, sind und bleiben scheu. Um eine weitere Vermehrung einzudämmen, füttern ehrenamtliche Tierfreunde mit Unterstützung der lokalen Tierschutzvereine sie an, fangen sie in Fallen, lassen sie im Tierheim tierärztlich versorgen und kastrieren. Dann werden die Katzen wieder da entlassen, wo sie aufgegriffen wurden. Das ist sinnvoll, denn sie sind zu scheu für ein Leben im Tierheim und können nicht vermittelt werden. Junge Katzen, die nicht innerhalb der

ersten Lebenswochen an menschliche Gesellschaft gewöhnt wurden, bleiben ihr Leben lang scheu und ängstlich. An geschlossene Räume können sie sich nicht mehr gewöhnen.

Doch auch dort, wo frei lebende Katzen konsequent eingefangen, kastriert und wieder ausgesetzt werden, um das Anwachsen der Straßentierpopulation zu verhindern, sorgen unkastrierte Freilaufkatzen aus Privathaushalten für

AKTIV WERDEN

Zur Finanzierung von Kastrationsaktionen sind die Tierschutzvereine auf Spenden angewiesen. Wenn Sie einen Beitrag zur Bekämpfung des Katzenelends leisten wollen, überweisen Sie Ihre Spende an:
Deutscher Tierschutzbund e.V.
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98, Konto: 40 444
Stichwort: Tierheim-Nothilfe

weitere Vermehrung des Katzenleids. In den Zeiten der Wirtschaftskrise und von Hartz IV scheuen immer mehr Katzenbesitzer die Kosten der Kastration – mit fatalen Folgen für die Streunerpopulationen. Auf kommunaler und landesweiter Ebene organisieren deshalb die Mitgliedsvereine des Deutschen Tierschutzbundes Kastrationsaktionen. In einem bestimmten Zeitraum werden die Kosten für die Kastration bezuschusst oder ganz übernommen. Wegen der zeitlichen Begrenzung der Kampagnen erreichen diese allerdings nur eine zeitweilige Besserung der Situation.

Zusammenarbeit für eine Lösung

Die Kommunen reagieren unterschiedlich auf die Katzenschwemme: Einige sprechen Fütterungsverbote aus, die erst nach massiven Tierschützerprotesten aufgehoben werden. Andere verhängen eine Kastrationspflicht für Freilaufkatzen in Privathand. Finanzielle Unterstützung der Bemühungen der Tierschützer fließt spärlich oder gar nicht. Dabei müssen Städte und Gemeinden aus Tierschutz-, aber auch aus Hygienegründen das Problem aktiv angehen. Denn Katzenpopulationen, die sich unkontrolliert vermehren, sind auch ein Problem der „öffentlichen Ordnung“, da sie beispielsweise auch im Straßenverkehr eine Gefahr darstellen können. Für den Deutschen Tierschutzbund und die ihm angeschlossenen Vereine ist die Situation untragbar geworden. Die Tierheime sind überfüllt mit zum Teil nur schwer vermittelbaren Katzen. Die Kosten für Unterbringung, medizinische Versorgung und Kastration von Neuzugängen bzw. eingefangenen Katzen sprengen ohnehin bereits die Kassen – vor allem die der kleineren Tierschutzvereine.

Der Deutsche Tierschutzbund appelliert seit Jahren an die Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetags sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, eine gemeinsame Lösung zu finden. Regionale Ansätze beweisen, dass das Problem in den Griff zu bekommen ist. Aber nur dann, wenn alle – die Städte und Gemeinden, die Tierärzteschaft und auch die Jägerschaft – mit dem Tierschutz an einem Strang ziehen.

Hilfe für die Katzen

Kommunen in der Pflicht

Der Deutsche Tierschutzbund und die ihm angeschlossenen Tierschutzvereine fordern die Kommunen auf,

- ▶ eine Kastrationspflicht für Freilaufkatzen einzuführen
- ▶ betreute Futterstellen für herrenlose Katzen einzurichten
- ▶ konzertierte Kastrationsaktionen durchzuführen
- ▶ Beteiligung an den Kosten bei Einfang-Kastrations-Wiederaussetzungsaktionen

Erfolge und Rückschläge*

Paderborn: Seit 2008 existiert eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen, die bereits erste Erfolge zeigt.

Bonn: Im März lehnte der Umweltausschuss einen Bürgerantrag zur Kastrations- und Kennzeichnungspflicht offenbar auf Einspruch des Veterinärdienstes ab. Dessen Abteilungsleiter befürchtete ein vermehrtes Aussetzen von Katzen, weil die Halter die Kosten scheuen.

Rheinland-Pfalz: Seit zwei Jahren führt der Landestierschutzverband Kastrationswochen durch. Per Aushang werden die Bürger aufgefordert, ihre Tiere kastrieren zu lassen. Die teilnehmenden Tierheime bieten Tierhaltern, die die Kosten nicht tragen können, einen Zuschuss an.

Herforth: Als im letzten Jahr das Kreisveterinäramt mit sechs Vereinen aus dem Kreis eine ARGE gründete, um mit dem Einfangen, Kastrieren, Wiederfreilassen verwilderter Katzen dem Problem wachsender Vermehrung zu begegnen, stellte sich die Kreisjägerschaft quer. Sie forderte Landratsamt und den Sponsor Sparkasse auf, die ARGE nicht zu unterstützen, da das Aufstellen der Fallen „Jagdwilderei“ sei sowie das Wiederaussetzen von „dem Wilde nachstellenden“ Tieren ebenfalls mitschuldig an Jagdwilderei mache. Ein Rechtsgutachten des Landesjagdverbandes NRW bezeichnete die ARGE sogar als kriminelle Vereinigung.

Lippstadt: Der Tierschutzverein, der zuletzt 2008 eine Kastrationsaktion durchgeführt hatte, kann eine Wiederholung nicht mehr stemmen. Bei der Vermittlung der Katzenbabys erhalten die Neubesitzer jetzt ein Formular mit, das sie nach der Kastration vom Tierarzt abgestempelt zurückschicken.

Passbrunn: Der Tierschutzverein führte von Ende Februar bis Ende Mai eine bezuschusste Kastrationsaktion durch. Der Katzenhalter erhält auf Antrag im Tierheim einen Gutschein von 25 Euro (Kätzin) bzw. 15 Euro (Kater), den der Tierarzt bei der Kastration verrechnet. Der Halter zahlt die Differenz.

Dingolfing: Bedürftige Katzenhalter und Höfe aus dem Landkreis mit großem Katzenbestand erhalten auf Antrag einen Kastrationsgutschein (15 bzw. 25 Euro). Ziel sind 1.000 Kastrationen in 2010.

* Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Initiative Tierschutz-Katzenverordnung

Der Deutsche Tierschutzbund ist davon überzeugt, dass eine Tierschutz-Katzenverordnung zur Verbesserung der Tierschutzsituation für Katzen beitragen könnte. Er hat Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner daher einen ausformulierten Vorschlag für eine solche Verordnung zugeleitet. Darin sind die auf verschiedenen Ebenen von Tierschutzorganisationen, der Tierärzteschaft und Kommunen diskutierten Lösungsmöglichkeiten für eine Verbesserung des Katzenschutzes ebenso gebündelt wie die langjährigen Forderungen nach Vorgaben für die Katzenhaltung. Es ist zu hoffen, dass das Ministerium die Initiative zeitnah aufgreift.

